

**Redaktion, Administration, Druckerei:**  
 1., Kolowratgasse, Pflanzhaus Nr. 11  
 Telefon-Nummern: Redaktion 572, 465, 1624,  
 Administration 1460, Inseratenstellen: 1082.  
 Anfertigte Briefe werden nicht angenommen und  
 Manuskripte in keinem Falle zurückgegeben.  
**Ankündigungsbureau:**  
 Wollzeile 20, Tel. Nr. 1907; Inserationspreise  
 nach Tarif. Ausserdem übernehmen inseratlos  
 Inseraten-Bureau des In- und Auslandes.  
**Abonnements:** Wien und das Inland:  
 Zum Abholen im Hauptverlage, Wollzeile 20,  
 Tel. 1907 oder von der Administration, Pflanze-  
 gasse 11. .... K 1200.—  
 Zum Abholen in den Provinzen und anderen  
 Wägen Verschleissstellen ..... K 1200.—  
 Bei täglicher Postversendung für Wien K 1200.—  
 Bei täglicher einmaliger Versendung in  
 die Provinz ..... K 1200.—  
 Bei täglicher zweimaliger Versendung in  
 die Provinz ..... K 1200.—  
**Einzelverkaufspreise:**  
 Morgenblatt oder Nachmittagsblatt am Montag  
 nach zwei Portierungen K. 24.—, Abendblatt K. 6.—  
 Für die an Agenten, Ansträger oder Verschleiss-  
 bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

# Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

**Postsparkasse der k. k. Postverwaltung**  
 Wien ..... Nr. 26.180 | Agram ..... Nr. 62.070  
 Prag ..... Nr. 26.240 | Lissa ..... Nr. 30.240  
 Budapest ..... Nr. 29.256 | Sarajevo ..... Nr. 7.042  
 Warschau ..... Nr. 180.170  
 Konte bei der Deutschen Bank, Abt. Ausland 1 B,  
 Berlin W. O., der Schweizerischen Kreditanstalt,  
 Zürich, und der Banca Commerciale Triestina, Triest.  
**Abonnement für das Ausland:**  
 Monatlich:  
 Mit Postversendung täglich ein- oder zweimal:  
 Ozean-Blatt ..... Cs. K. 50.— | 32.—  
 Ungarn ..... Ung. K. 120.— | 165.—  
 Jugoslawien ..... Dinar 30.— | 32.—  
 Deutschland ..... Mark 25.— | —  
 Polen ..... Poln. Mark 800.— | —  
 Frankreich ..... Franc 8.— | —  
 Italien ..... Lire 10.— | —  
 Bulgarien ..... Lew 40.— | —  
 Rumänien ..... Lei 40.— | —  
 Schweiz und alle übrigen  
 Staaten des Weltpost-  
 vereins ..... Schweiz. Franc 7.— | —  
 Bei den Postämtern (vierteljährlich):  
 Deutschland 24 Mk., Schweiz 50 Fr. 25 C.,  
 Holland 7 Gld., 70 ct., Schweden 32 Kr.  
 50 öra, Norwegen 18 Kr. 48 öra, Dänemark  
 17 Kr. 42 öra, Finnland 106 Finn. M. 27 P.,  
 Belgien Fr. 15.96, Italien L. 14.47, Rumänien  
 Fr. 16.50, Bulgarien Fr. 15.63.

Nr. 20593

Wien, Mittwoch, den 28. Dezember

1921.

## Die Regelung der U-Boot-Frage.

Lloyd-George für Teilnahme der kleineren Seemächte an den Verhandlungen.

Washington, 27. Dezember.  
 „Chicago Tribune“ meldet, daß Briand und Lloyd-George bei ihrem gestrigen Zusammentreffen über die U-Boot-Frage gesprochen hätten. Man werde die Frage in Cannes ausführlich erörtern. Demselben Blatte zufolge würde es Lloyd-George begrüßen, wenn auch Skandinavien, Holland, Spanien und Griechenland in ihrem Unterseebootraum beschränkt würden. Diese Mächte sollen eingeladen werden, an Vereinbarungen hierüber teilzunehmen.

Wie „New York Herald“ aus Washington meldet, gelangen die Franzosen zu der Ansicht, daß sie gegen eine amerikanisch-englische Kombination kämpfen. Frankreich fürchte, daß Großbritannien die Absicht habe, sich Amerikas zum Aufbau einer angelsächsischen Herrschaft zu bedienen.

## Teilnahme Amerikas an den Konferenzen in Cannes.

Paris, 27. Dezember.  
 Nach einer Havas-Depesche aus Cannes wird der amerikanische Botschafter in London, Oberst Harvey, bereits am 29. d. in Cannes erwartet.

## Fortdauer der Unruhen in Ägypten.

London, 27. Dezember.  
 Die Unruhen in Ägypten dauern weiter fort. Englische Truppen haben alle wichtigen Plätze besetzt. Heute begannen Boote der englischen Kriegsschiffe den Nil von der Mündung aufwärts zu kontrollieren. In Indien wurden auch während der Feiertage Verhaftungen vorgenommen. So wurden 63 Personen, die in der Freiheitsbewegung eine Rolle spielten, durch die englischen Behörden verhaftet und zum Teile schon verurteilt. Der Chefredakteur der radikalen „Independence“ erhielt ein Jahr Gefängnis.

## Die Verpfändung der Gobelins.

Wien, 27. Dezember.  
 Die österreichische Regierung hat durch Dr. Rosenberg an die Reparationskommission das Ansuchen gestellt, ihr bis zur definitiven Rückstellung des Generalpfandrechtes die Aufnahme eines Interimsvorschusses von drei Millionen Pfund Sterling durch Freigabe von Aktiven zu ermöglichen. Die Reparationskommission hat sich bereit erklärt, zu diesem Zwecke die Gobelins und eventuell auch andere Pfänder freizugeben. Die Verhandlungen wegen Aufnahme eines Anlehens auf dieser Grundlage werden nach Neujahr fortgesetzt werden.  
 Der österreichische Gesandte in London Frankenstein wurde am 23. d. vom englischen Ministerpräsidenten Lloyd-George empfangen, wobei er diesem die gegenwärtige Situation Oesterreichs und insbesondere den Stand der Kreditfrage eingehend darlegte.

## Amerikanische Erhöhung der Straßenbahn-, Gas- und Strompreise.

Wie wir erfahren, werden im Laufe des Monats Januar der Tarif der Straßenbahnen und die Preise für den Bezug von Gas und elektrischem Strom abermals erhöht werden. Begründet wird die Steigerung mit der seit der letzten Preisregulierung eingetretenen Verteuerung der Materialkosten und mit den Mehrausgaben für Löhne und Gehalte. Die Berechnungen der Direktionen über die Rückwirkung der erwähnten Ausgabensteigerungen sind noch nicht abgeschlossen, doch wird dies in den nächsten Tagen der Fall sein. Wie in unterrichteten Rathauskreisen verlautet, wird das Ausmaß der Erhöhungen jedenfalls ein recht beträchtliches sein.

## Die heutigen Devisenkurse.

Heute sind sämtliche ausländischen Zahlungsmittel höher bewertet worden. Es ergielten: Dollars 5773 (5523), Pfund 24.240 (23.490), Lire 254.90 (246.90), Schweizer Francs 1129.75 (1059.75), deutsche Reichsmark 31.72 (29.47), czecho-slowakische Kronen 79.27 (78.22), ungarische Kronen 9.61 (9.36). In Zürich ist Berlin von 2.72 auf 2.90 gestiegen, während Auszahlung Wien sich von 0.20 auf 0.19 abschwächte. Die gestempelte österreichische Krone behauptete ihren Kurs von 0.11.

## Die Rückkehr Dr. Rosenbergs. Wahrscheinlichkeit eines Kredits von drei Millionen Pfund. Verpfändung der Gobelins.

Wien, 27. Dezember.  
 Dr. Rosenberg ist lange fortgeblieben. Ob er eine Kalypso zurückgelassen hat, die sich nicht trösten konnte, da Ulysses ihr entschwunden war, mag dahingestellt bleiben. Klar ist es, daß man sehr fleißig gewesen ist, während er in London um Kredite warb und eine ganze Flut von Gehezen wurde erledigt, bei denen wohl kaum die Zustimmung eines Mannes mit so viel volkswirtschaftlicher Erfahrung und mit der innewohnenden Bürgerlichkeit seiner Gesinnung erwartet werden konnte. Dr. Rosenberg hat so tiefstes soziales Gefühl wie irgendeiner. Aber niemand kann annehmen, daß er an einer Koalition, ob sie nun äußerlich als solche gekennzeichnet ist oder stillschweigend und durch die Tatsachen hervortritt, daß er an einer solchen Mißbildung werde teilnehmen wollen, Mißbildung deswegen, weil die bürgerlichen Mitglieder nur die Figuranten sind, während die Sozialisten die Fäden führen. Der von uns schon einmal erwähnte österreichische Finanzminister Baumgartner, der mit Gewalttaten arbeitete, hatte ebenfalls einen Helfer für die Kreditangelegenheiten, den Freiherrn v. Brentano. Auch dieser besorgte in London die Kreditgeschäfte, während im Innern die Verwirrung immer weiterging und die große Parole „Es muß etwas geschehen“ den Sieg erfocht. Man hat öfters in der österreichischen Politik den Versuch gemacht, eine weltmännische Maske anzunehmen, damit die Rauberei und vielleicht auch Rohheit nicht gar zu stark hervortrete. Daß man in der ernstesten Lage des Staates einen Mann von so hervorragender Begabung wie Dr. Rosenberg als Ratgeber erwählt, um kaum zwei Monate später ohne sein Votum und mit auffallender, vielleicht sogar abschätzlicher Hast dem eigenen Gutdünken zu folgen, diese feltame Art der Dankbarkeit ist österreichisch, aber im schlechtesten Sinne des Wortes und sie erinnert vielmehr an die Sitten, die schon unter der Monarchie getadelt wurden, als an die bißlere republikanische Schlichtheit, die denen am meisten fehlt, die mit ihrer heißen Liebe zur Republik am meisten prohen.

Dr. Rosenberg bringt die Hoffnung auf einen Kredit. Die Schwierigkeiten scheinen noch größer zu sein als jemals, und leider ist der für uns widerwärtige Gedanke nicht abzuweisen, daß wir den ersten großen Vorstoß gegen unsere kulturelle und künstlerische Stellung erleben müssen. Die Verpfändung der Gobelins für Nahrungszwecke ist ein herzerreißender Vorgang. Wir haben Boden, wir haben Forste, wir haben Monopole und Fabriken, und wir sollen nichts von ihrem Werte opfern, wohl aber die edelsten Herrlichkeiten des ehemaligen Hofbesitzes, Gewebe, so voll Glanz, Gestalt und Farbe und mit so viel grandioser Energie der Formung, daß keiner sie vergessen kann, der jemals diesen schwelgerischen Reichtum genossen hat. „Die Taufe Christi“, gearbeitet nach Rogier van der Weyden, dieses Gemälde, wo Stuch für Stuch die Empfindung in den Stoff gesenkt wurde, die den schlichten und

Die 20. Fortsetzung des Romans: „Jules und Henri“ von Gustave Flaubert befindet sich auf Seite 13.

## Feuilleton.

Witiko.

Von Hermann Vahr.

Witiko, Stifters letztes Werk, sein höchstes, an dem gemessen selbst der edle Nachsommer nur als Vorarbeit wirkt, erschien zunächst in drei Bänden: der erste 1865, der zweite 1866, der dritte 1867. Damit war die Summe dieses ganz im Stillen gewaltigen Lebens gezogen. Sie blieb unbemerkt. Hebbel hatte die polnische Krone demjenigen versprochen, der die Geduld hätte, den Nachsommer auszulesen; Witiko fand man noch langweiliger. 1868 starb der Dichter. Aber auch der Nachruhm half seiner größten Dichtung nichts; sie blieb ungelesen in einer Zeit, die für den behaglichen und so nett erzählten Chateaubriand schwärmte; sie blieb ungelesen bis auf den heutigen Tag. Selbst Nietzsche, der den Nachsommer so hoch pries, scheint den Witiko überhaupt nicht gekannt zu haben. Seit Jahren lag er, da die erste Auflage doch allmählich endlich vergriffen war, nur noch in einer sträflich verstümmelten Ausgabe unkenntlich vor. Ich mußte mir immer, um ihn zu lesen, aus der Bibliothek ein Exemplar leihen, in dem Stifterss Frau, die reinste seit der Goethes, die einzige, die gerade hier noch über die Goethes zuweilen an vergegenwärtigender Bildkraft hinauswächst, Seite für Seite von irgendeinem Gymnasiallehrer am Rande stilltätig ausgebeßert war, besonders auf den letzten Höhen

frommen Maler besetzte, dieses Wunderwerk soll mit Beschlag belegt werden und den Fremden zur Unterlage dienen, damit wir uns noch einige Monate weitererschleppen, noch ein wenig Atem schöpfen und nicht gänzlich der Plünderung verfallen müssen. Gewiß, ein Kredit von sechzig oder achtzig Millionen ist nicht zu verachten, und wenn wir außerdem noch Zucker und Kohle gestundet bekommen und mit Jugoslawien ein Vertrag geschlossen wird wie mit den Tschechen, dann wäre wenigstens für das Frühjahr eine wesentliche Erleichterung zu spüren. Es ist auch sicher, daß die Gobelins in Wien verbleiben würden und daß die Barbarei nicht so weit gehen kann, uns jetzt schon gänzlich zu berauben.

Allein all diese Erwägungen können den Schmerz nicht überlätten. Es ist so traurig, mit der offenen Hand vor fremden Türen stehen und nichts als Erjas für die Hilfe hingeben können als ein Stück der eigenen Seele. Denn für Wien sind diese Kunstwerke wahrlich kein Luxus und keine Ueberflüssigkeit. Für uns sind sie genau dasselbe wie die Bilder, die Plastik, der Glanz der Museen und die Schönheit der öffentlichen Plätze für Italien. Wir können nicht ein graues Dasein führen, ohne daß Wien seine Anziehung verliert, wir müssen die Fremden bei uns haben, weil sie uns fremdes Kapital verschaffen, weil sie unsere Vereinfachung mildern und weil sie unsere Zahlungsbilanz verbessern, die wir unbedingt und mit allen Kräften aktiv gestalten müssen, um das Passivum der Handelsbilanz wieder wettzumachen. Diese Funktion, mit eine der wichtigsten unserer Wirtschaft, vermag die Hauptstadt nur auszuüben, wenn sie ihr Kulturgut nicht als Steinbruch verwenden läßt, das für die Zwecke des Alltags für Rußbauten herhalten muß, und wenn wir den Ehrenschild geistiger Höhe blankhalten, unberührt von der trübseligen Notdarft unseres Niederganges.

Daß wir die Gobelins verpfänden müssen, ist eine bittere Anklage gegen die Entente, und es ist ein Zeichen, wie wenig großzügig ihre Staatsmänner für uns gestimmt sind. Könnte nicht ein anderer Weg gefunden werden, um Oesterreich aus den Fängen des Generalpfandrechtes zu befreien, könnte man nicht endlich aufrichtig sagen, was man mit uns beginnen will und wie die Entente das Leben in diesem Staate einzurichten denkt? Wenn wir zu essen bekommen, so ist das sehr löblich und erfreulich, aber selbst dem verdorrtesten Eigensinn muß es klar sein, daß das Vertrauen nur durch eine Festigung der Währung wieder herzustellen ist und daß trotz aller häßlichen Bemerkungen der Offizionen jene recht haben, die, wie Präsident Wissering und Alois Schweiger, der Ansicht sind, daß ein neues Gebilde geschaffen werden muß, ein Zentrum valutarischer Sicherheit, damit der Staat wieder aufleben und die Wirtschaft fundiert werden könne. Es ist lächerlich, wenn behauptet wird, die Notenbank könne nicht früher gegründet werden, bevor nicht die Bürgschaft dafür gegeben sei, daß ein Notenruck nicht mehr stattfinden brauche. Das heißt, das Pferd beim Schwanz aufzäumen, und den Zweck wollen ohne die Mittel, die zu ihm hinführen. Nehmen wir an, das Kapital der Bank betrage auch nur vier Millionen Pfund und man würde eine Stabilisierung auf zwanzig Centimes versuchen, so wäre nach dem jetzigen Kurse die Möglichkeit gegeben, etwa achtundvierzig Mil-

ihrer Vollkommenheit. Erst jetzt, dreiundfünfzig Jahre nach des Dichters Tod, ist die zweite Auflage des Werkes, in dem er sich vollendet hat, erschienen: wieder ist es der Insel-Verlag, der dem deutschen Volke dieses schönste Weihnachts-geschenk bringt. Aber fast providentiell scheint's, daß nach langer Vergessenheit aus tiefer Verborgenheit die mächtige Stimme die-r großen Mahnung ert in einem Augenblick empordringt, für den sie wie vorbestimmt klingt. Denn durchaus von unseren Fragen, Sorgen, Qualen, von den inneren Nöten dieser unseligen Zeit handelt das alte Buch, auf uns scheint es gewartet zu haben, es ist in diesem Augenblick gerade von einer erschreckenden Aktualität!

Das zwölfte Jahrhundert ist die Zeit, Böhmen der Platz, Witiko, einer von den Männern des Bischofs von Passau, der Held des Romans. Dieser Witiko zieht aus, „ein rechter Mann“ zu werden. Er weiß voraus: „Ich werde niemals ein niederer Mann sein“, denn „ich will zu dem Höchsten streben, ich will das Ganze tun, was ich kann.“ Er spricht zu seiner Mutter: Bentila: „Ich liebe die Menschen und strebe, gegen sie gut zu sein.“ Die Mutter antwortet: „So ist dein Vater Wok gewesen und dein Großvater Witek.“ Er sagt dem Kardinal Guido: „Ich suchte zu tun, wie es die Dinge fordern und wie die Gewohnheit will, die mir in der Kindheit eingepflanzt worden ist.“ Der Kardinal erwidert: „Wenn du zu tun strebst, was die Dinge fordern, so wäre gut, wenn alle wüßten, was die Dinge fordern; denn dann täten sie den Willen Gottes.“ Da muß Witiko freilich bekennen: „Oft weiß ich nicht, was die Dinge fordern.“ Doch der Kardinal bestärkt ihn: „Dann folge dem Gewissen und du folgst den Dingen.“ So tut Witiko. Die Guld seines Fürsten, die Gunst seiner Landsleute, die Hand des geliebten Mädchens lohnen es ihm.

Norden voll gedeckter Noten zu emittieren. Nehmen wir fünfsteckende, was durchaus genügend erscheint, so wäre eine Sicherung für zweihundertvierzig Milliarden Noten gegeben, die in jeder Hinsicht als vollwertig betrachtet werden könnte. Dazu käme dann noch die bankmäßig gedeckten Noten, dazu käme für die Bank die Möglichkeit, bei sinkender Preise fremde Devisen anzukaufen, dazu käme die Möglichkeit, durch fortgesetzte innere Anleihen und durch Maßregeln des Abbaues das Defizit zu decken. Wir glauben nicht, daß das Problem unlösbar wäre, wenn es geschickt und konsequent in Angriff genommen wird. Mit bloßen Rohanganleihen, so wichtig sie auch sein mögen, ist uns über einige Monate hinweggeholfen, aber Entscheidendes kann naturgemäß dabei nicht errungen werden. Erhöhung des Tramwaypreises auf etwa fünfzig Kronen, Erhöhung von Gas und Elektrizität, Erhöhung der Eisenbahntarife auf das Zweifache, so sieht der Weg der budgetären Heilung aus, die wir nunmehr seit drei Jahren vergeblich versuchen. Der Ruin ist durch solche Mittel dauernd nicht aufzuhalten, man wird es einsehen, aber vielleicht, wenn es zu spät ist.

### Friedensorganisation in den Vereinigten Staaten.

Von Dr. Franz Klein,  
Minister a. D.

(Siehe Nr. 20577 vom 10. Dezember, Nr. 20584 vom 18. Dezember, Nr. 20585 vom 22. Dezember und Nr. 20591 der „Neuen Freien Presse“ vom 26. Dezember 1921.)  
(Schluß.)

Wien, 27. Dezember.

Durchwegs gleichlautende Antworten auf die Frage, welches der Platz der Vereinigten Staaten in einer Weltorganisation für die Erhaltung des Friedens ist, waren nicht zu erwarten. Nur zugunsten der Nützlichkeitsbegründungen und gegen die Mandate ergab sich Uebereinstimmung. Unter den vireitigen Sachen haben die programmatischen Erklärungen des Präsidenten Harding zwischen den Vereinigten Staaten und dem Völkerbunde das Licht der Öffentlichkeit und die Monroedoktrin wird ungeachtet ihrer verschiedenen Deutungen, wie das Vierländer- und das Flottenabkommen der größten Seemächte beweisen, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Friedenssicherung nicht beirren. Um den internationalen Gerichtshof und die Friedensorganisation wogen noch widerprechende Ansichten. Wohin das amtliche Amerika neigt, ist nach den Leitfäden Hardings kein Geheimnis mehr. Soweit diese Leitfäden und die in Philadelphia kundgegebenen Ansichten gleich sind oder sich ergänzen, sind sie vermutlich auch schon von der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten gutgeheißen. Die Veranlassungen, mittelst derer der Friede zu erhalten ist, wären demnach eine losere Vereinigung aller großen und kleinen Völker, die auf Weltregiment nicht Anspruch erhebt. Die Vereinigung würde jährlich zur Beratung internationaler Angelegenheiten zusammentreten und ihre Eigenschaften wären Gleichberechtigung der Teilnehmer, ungeminderte Souveränität aller Staaten, Monroedoktrin in dem ihr demoralen zuerkannten Umfange, Abrüstung und ein Weltgerichtshof. Die Konferenz von Washington ist gewissermaßen eine Generalprobe für eine solche Organisation und belehrt, daß sie, verglichen mit ähnlichen früheren Unternehmungen, ohne großen Aufwand Bedeutendes leisten kann. Wenigstens brachte sie in einigen Wochen mehr zustande als der schwerfällige, umständliche Bureaucratismus des Völkerbundes seit Beginn seiner Wirksamkeit, weil sie eben frisch und unverzagt gleich an das neben der Gesundung des Friedens Dringendste Hand anlegte, noch rechtzeitig dem Weltkriege der westlichen Halbkugel zuvorzukommen. Den Vereinigten Staaten ist dies eine Rettungssaktion, die wegen der Werte, die am Spiele stehen, keine Minute versäumen darf, und daselbe eidernde Zeitmaß würde wohl auch für die Friedensorganisation nach den Grundfäden Hardings zu gelten haben. An einem Mangel leidet diese allerdings. Sie versammelt nämlich wieder nur Regierungen, die Bevölkerung ist für sie ebenso wenig wie für den Völkerbund

vorhanden. An den Vorkehrungen für das Erhalten des Friedens hat aber das Volk doppelten Anteil: einerseits an den Beratungen der fraglichen Vereinigung und andererseits am Aufrechterhalten des Friedens selbst. Die Völker, welche die Folgen schlechter Politik zu tragen haben, müssen nach den Erfahrungen des unglücklichen Krieges in allem, was den Frieden betrifft, gehört werden. Dieses Verlangen wird nicht so bald verstummen. Es müßte ihnen zunächst mindestens ermöglicht werden, über solche Angelegenheiten zur Information der Staatsvertreter vor der Beschließung ihre Ansichten mit diesen auszutauschen. Eine Vereinigung, wie die nordamerikanische Union sie will, die schon ihrer Natur nach eine demokratische wäre, darf sich nicht erst an die daraus folgenden Pflichten mahnen lassen.

Für einen allgemeinen Frieden müssen sich vier Kreise vereinigen: die Sieger, die Vereinigten Staaten, die Neutralen und die Besiegten. Die Vereinigten Staaten und die Neutralen hängen dem Frieden unerschütterlich an. Dasselbe gilt mit verschiedenen selbstverständlichen Sonderansichten für ihre Völker. Die Sieger teilen sich in zwei Klassen: die Befriedigten und Kriegsgewinnler, deren Regierungen nach und nach zu einer Friedenspolitik übergehen und deren Völker, mannschafts abgetönt, friedlicheren Anschauungen sich öffnen, und dann die anderen, die geistig und tatsächlich noch nicht auf dem Friedensfuße stehen. Diese verharren bei der Politik der unbedingtesten Ausführung der Friedensverträge zum Brechen oder Brechen, so daß kein Fehl mehr daraus gemacht wird, wie sehr sie damit den Ladel der ganzen Welt auf sich gelenkt haben. Nicht bloß die Besiegten, sondern ebenso die Verbündeten seufzen darunter, daß diese unbeweglichen Jochpolitiker für friedliche Ziele wenig Sympathie zeigen, wie eine englische Zeitung höflich sagt. Endlich die Besiegten. Mit Ausnahme gewisser, fest umgrenzter Schichten, die andere Meinungen haben, sind ihre Politik und ihre Gesinnungen friedlich. Sie haben sich den ihnen ausgeprägten Lehren unterworfen, können jedoch auf friedliche Aenderung schwer bedrückender Vorschriften nicht verzichten. Wie der Friedensvertrag so wird kein anderes Abkommen sie dazu dringen, das ihnen angetane Unrecht als Recht anzuerkennen und es zu erdulden. Da ihre Beschwerden im Auslande immer mehr gewürdigt werden und auch der Satz stets mehr ins Schwanken gerät, daß die Mittelmächte allein am Kriege Schuld tragen, glauben die Besiegten schließlich, von den gerechtigkeits- und friedensliebenden Staaten in ihrem Streben nach rechtlicher und moralischer Wiedergutmachung unterstützt zu werden. Es ist die aufrichtigste Friedenspolitik, weil es statt kränkelndem Frieden auf einen dauerhaften eingestellt ist. Wenn im einzelnen Falle Sandlungen noch sozusagen mobilisierter Länder sich mit Absichten der Friedensfreunde kreuzen, wie z. B. betreffs der Abrüstung zu Lande oder der Mandate, mag das verstimmen, alles in allem steht es aber mit dem Friedensgesichtspunkte nicht ungünstig. Das Nachspiel des Krieges äußert seine ernüchternden Wirkungen. Der Friedensordnung sind viele Steine aus dem Wege geräumt, so daß sämtliche Staaten der Erde statt einer Zersplitterung sich in nur zwei Gruppen zusammenschließen und die Friedensgruppe überragt. Will man die Organisation des Friedens ernstlich ins Werk setzen, so sind die Bedingungen dafür im großen und ganzen da. An Friedensgeist, der sich der Friedensmittel bedienen könnte, die in Philadelphia und Washington angegeben wurden, würde, falls nicht alles täuschlich, kein Mangel sein.

Bis vor kurzem hätte man kein Wort darüber verloren, daß der Grundstock einer solchen Organisation der Völkerbund sein müsse. Seither ist Washington auf den Plan getreten, hat eine Friedensstat vollbracht und scheint nicht gesonnen, zurückzutreten. Eine Entzweiung der Vereinigten Staaten und des Völkerbundes, die auch für die europäischen Großstaaten politisch eine arge Verlegenheit wäre, könnte unmittelbar nach den ersten Schritten zur Abrüstung alle Friedenspläne zerschlagen. Um zu bergen, was jetzt für den Weltfrieden am Spiele steht, dürfte der einzige Ausweg eine Symbiose sein, ein Zusammenleben der beiden Friedensanstalten, die sich in die Arbeit zu teilen hätten.

Bei einigem guten Willen ist dies sogar ziemlich schmerzlos durchzuführen, eigentlich ist es schon vor sich gegangen. Die Friedenspolitik zu pflegen, internationale politische Verhältnisse, die brandig zu werden drohen, bevor es zu spät ist, zwischen den Beteiligten ohne Krieg zu regeln, müßte der Vereinigung von Washington als ständigem Mittelpunkt belassen werden. Sie hat die Befähigung dazu und namentlich auch den Abgang hab- und herrschaftlicher Gelüste der Einzelner bewiesen, während die internationale Politik im Sinne der Washingtoner Konferenz im Völkerbunde vollständig stockte. Umgekehrt nahmen in der bisherigen Wirklichkeit des Völkerbundes den breitesten Raum die Ermittlungen an, um behufs Abbaus der Kriege die Völker in wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und kulturellen Dingen einander anzugleichen sowie durch Ausdehnung solchen Vereinhaltens auf Geistesleben und Erziehung zu einem Weltbewußtsein den Grund zu legen und mittels beider Kriegursachen zu beheben und Friedensgesinnung und Friedenswillen einzubürgern. Hierin hat der Völkerbund ein Vorrecht erworben und man müßte nicht, warum die Vereinigten Staaten ihm dergleichen außerhalb Europas verwehren sollten. Die Vereinigung von Washington wäre dann eine Anstalt zur Erhaltung des Weltfriedens, der auch Vertreter der Völker angehören, mit einem Weltgerichtshof, der Völkerbund eine demokratische Stelle der Weltkulturpolitik und der Ausbildung der Friedensgesinnung. Sie würde nicht mehr dem jetzigen Staatendirektorium unterstehen, aber alle einschlägigen Aemter, Bureau, Kommissionen usw. wie jetzt umfassen. Diese Tätigkeit wäre mit der Außenpolitik der Staaten nicht verknüpft, keine Weltregierung, und würde von den friedliebenden Ländern nicht mehr mit Verdacht beobachtet, sondern bereitwillig unterstützt werden. Eine solche Teilung entspräche dem Nachwandel und Europa behielte sein geschichtliches Weltvorrecht der Erziehung, allerdings dadurch bedingt, daß dessen unbefangenste Ausübung zugunsten des Friedens verhängt sein muß. Es wäre eine zweckmäßige Arbeitsteilung und ein ehrlicher Ausgleich, von dem sich die nach Frieden begehrenden Staaten und Völker durch keinerlei Einschüchterung abbringen lassen sollten. Die Friedensorganisation ist noch ein zartes Pflänzchen. In Nebel, Sturm und Wärtnerzank wird es nicht fortkommen.

### Feldmarschall Conrads Memoiren.

Der Kaiser, Erzherzog Franz Ferdinand, Die Minister.

Wien, 27. Dezember.

In dem Buch, das Ludwig Pastor in der Kriegszeit dem Feldmarschall Conrad gewidmet hat, wird von der Freude am Malen und Zeichnen erzählt, die dem Jüngling die kargen Ruhestunden angenehm verwerten ließ. Als er sich aber der Vorbereitung für die Kriegsschule widmete, enjagte er mit einem raschen Entschlusse seiner künstlerischen Neugier. „Was man werden will, muß man ganz werden“, erklärte der General einmal; „zwei verschiedene Dinge lassen sich nicht zugleich mit Erfolg betreiben.“ Diese Konzentration des Willens und der Interessen kommt auch in dem ersten Bande der Memoiren (Feldmarschall Conrad, „Aus meiner Dienstzeit“, Moala-Verlag, Wien) zur Geltung. Die Erzählung der Begebenheiten wird geradlinig fortgeführt, und nur selten findet ein Abweichen vom Wege, ein flüchtiges Verweilen bei dem einen oder anderen Ereignis statt. Unter diesen Umständen muß das Persönliche zu kurz kommen, und alle jene, die gerne etwas über die innere Entwicklung, über die geistige und seelische Entfaltung des Heerführers vernommen hätten, der zu so großer schicksalvoller Macht emporsteigen sollte, werden die Krappheit, die Beschränkung auf das rein Sachliche bedauern. Vielleicht trägt an der Selbstbescheidung und Einschränkung auch die Grundauffassung des Feldmarschalls die Schuld, die in der Einführung zu den Memoiren aus einigen Sätzen herausklingt. „Nicht einzelne Männer machen die Zeit“ — lesen wir da — „sondern diese schafft ihre Männer. Und jene Männer, die in großen Epochen zufällig an führenden

Es ist aber in jenen Zeiten nicht leicht zu wissen, „was die Dinge fordern“, und mancher „rechte Mann“ verzagt, wo denn eigentlich das Recht sei. Der alte Herzog Sobeslaw ist tot. Er hatte seinen Sohn Wladislaw zum Nachfolger bestimmt, aber er hat ihn nicht mehr „zur Reife erziehen können“. So zwischen die Herzen des Landes an diesem Wladislaw, und bevor noch der alte Herzog stirbt, versammeln sie sich auf dem Wyszhrad und wählen zu seinem Nachfolger einen anderen Wladislaw. Ja, der Herzog scheint selber am Sohne zu zweifeln, denn, als er von jener ungeschlichen Waise des anderen hört, rät er selbst, herbeizuholen, dem eigenen Waise zur Unterwerfung. So steht nach dem Tode des rechtmäßigen alten Herzogs nun Wladislaw gegen Wladislaw. Welchem von den beiden Herzogen hat ein gut gewillter Mann zu dienen? Welcher ist der rechtmäßige neue Herzog? Der, von den auftrübenreichen Herren gewählt, zu Prag sitzt oder der, vom Vater bestimmt, sich ohnmächtig verstockt hält? Gewiß: dieser hat das Recht für sich, aber er ist ein „niederer Mann“, das zeigt er schon dadurch, daß ihm die Kraft zu seinem Rechte fehlt und daß er sie sich selber nicht zutraut. Gewiß: jener andere Wladislaw, auftrübenreich gewählt, hat das Recht nicht, so sehr er der Mann dazu wäre; zunächst ist er Herzog nur „durch die Tatsache und durch die Macht“. Es steht also machtloses Recht gegen rechtlose Macht und das Recht steht bei einem, der weder den richtigen Sinn dafür hat noch den rechten Gebrauch davon macht, die Macht dagegen steht bei einem, der edlen Sinnes rechten Gebrauch von ihr macht. „Und so ist jetzt überall kein Recht.“ Für wen also soll sich da, wer recht zu handeln gesinnt und gewillt ist, erklären? Der machtlose Herzog, der es von Rechts wegen wäre, handelt nicht als Herzog, und der rechtlose Herzog, der es tatsächlich ist, handelt wie ein guter Herzog: wer von beiden ist also rechtens Herr im Land, wenn zu geborchen ist eines rechtmäßigen Mannes Pflicht? Ja, die Nationalität erschwert sich noch, als die Wähler des unrechtmäßigen guten Herzogs, durch deren Aufrühr gegen Gesetz und Brauch er zum Herzog geworden, bald darauf, weil er sich von ihnen

nicht, worauf sie gerechnet hatten, als Werkzeug ihrer Launen, Willkür und Luste zur Knechtung der Schwachen und Armen im Lande mißbrauchen läßt, von ihm abfallen, sich den von ihnen im vorhinein entthronten Thronfolger holen und einen neuen Aufrühr beginnen, den Aufrühr des bisher machtlosen, ursprünglich rechtmäßigen, innerlich niemals herzoglichen Herzogs gegen den unberechtigten, bisher die Macht ausübenden, jetzt in dieser Nacht bedrohten, innerlich zum Herzog geborenen Herzog! Wer, wohin er sich auch stelle, kann da noch sagen, daß er guten Gewissens dort stehe? Hier aber begehen wir, was auch mancher treue Freund Stifters nicht begreifen wollte, selbst sein redlicher Biograph Alois Raimund Heim nicht, warum Stifter aus der ihn bedrängenden Fülle von böhmischen Geschichten sich von allen diesen „unbelungenartigen Riesendingen“ gerade diesen Stoff gewählt und ihn zunächst allen anderen vorgezogen, selbst solchen, die ihn eigentlich im Grunde noch mehr locken mußten, noch tauglicher seiner Absicht, „die schreckliche Majestät des Sittengesetzes, welches die hohen Freyer, die in ihrer Macht sonst fürchtbar wären, zerschmettert und ihre Gewaltpläne wie Salme knickt, so kraftvoll und glänzend darzustellen, daß die Menschen im Anblicke des Entsetzlichen, das infolge von Freveln Schuld und Unschuld trifft, zitternd und bewundernd sich der Macht beugen, die das Böse verbietet.“ Wenn er sich zunächst für den Witiko entschied, so war's, um gleich an den Eingang der geplanten böhmischen Dias das Problem zu stellen, das typisch für die böhmische Geschichte, ja, das für sie fast wie das Schicksal selber ist: ihr unüberwindliches, immer wieder von Verwirrung bedrohtes Bedürfnis nach Legitimität. Darin erinnern diese merkwürdigen Menschen im Eckschiff Europas so selbstam an Götter und Langobarden, denen auch schon kein Sieg genug, keine Macht sicher schien, so lange nicht irgendein letzter Strauß von Legitimität, und sei es auch nur einer erschwindelnden, auf ihr liegt: im ersten Bande seiner glänzenden „Politischen Geschichte der Deutschen“ (Deutsche Verlags-

anstalt, Stuttgart und Berlin, 1921) kommt Albert von Hofmann immer wieder auf diese „germanische Hypnose der mit einem Weibe verknüpften Legitimität“ zurück. Diese germanische Hypnose wirkt in Böhmen noch immer fort, ja bis auf den heutigen Tag, wenn sich's die Legitimität auch längst nicht mehr so leicht macht, an Weibern zu hängen. Macht, noch so geistig, genügt sich selber nicht: sie will durchaus nicht bloß Macht, sie will auch noch im Rechte sein. Und hat sie keines, so wird sie in ihrer Not gewahrt, daß sie die Kraft hat, Recht zu schaffen: es sich aus sich selber zu schaffen. Daß Recht, wenn es seine Pflichten unerfüllt läßt, verwirkt werden, daß Unrecht, wenn es die Pflichten des Rechtes übernimmt, nicht bloß begnadigt, sondern mit der seinen freien Beginn schamhaft überwachenden Zeit beehrtigt werden kann, das ist der Inhalt des Epos vom Jahrhundert Witikos.

Witiko, der rechte Mann, hält erst zu dem Wladislaw, den der Herzog Sobeslaw zu seinem Nachfolger bestimmt hat. Als der andere Wladislaw, der kein Recht hat, zur Macht kommt, geht Witiko heim in seinen Wald und bestell sein Haus. Als aber dann Aufrühr den unrechtmäßigen gerechten Herzog bedroht und gegen ihn den rechtmäßigen unrichten Herzog aus seinem Verstecke holt, da hält es Witiko für seine Pflicht, zum guten Unrecht überzugehen und mitzuhelfen, daß daraus ein neues Recht wird. Der brave alte Stifter hat unmittelbar vor seiner Ernennung zum Hofrat dieses Grundbuch revolutionärer Gesinnung mit dem Herzblut eines echten Konservativen geschrieben. In Revolutionen, die dauernd siegen, war es immer der Sieg einer Legitimität, der Sieg eines ungeschlichen Rechtes über ein unrechtes Gesetz. Das ist es doch auch, was eben jetzt dem Sieg der irischen Revolution Gedächtnis gibt.

Der aus dem Wyszhrad ausgerufene Wladislaw, durch Aufrühr Herzog, ist ein besserer Mann und führt die bessere Sache als der andere Wladislaw, der Herzog von Nichts wegen. Unrecht ist's, daß der rechte Mann Herzog wurde. Muß es Unrecht bleiben? Nun ist er einmal Herzog, und

Stellen stehen, würden dort, indem sie den Antrieben gehorchen, die durch den Zug der Zeit bedingt sind. Sie werden selbst von der alles bewegenden Kraft der historischen Entwicklung getragen, gemeinhin aber mit Erfolgen und Misserfolgen identifiziert, die doch nur durch den großen Gang dieser historischen Entwicklung verursacht erscheinen."

Dennoch rücken die Memoiren einzelne Persönlichkeiten und die Beziehungen der maßgebenden Männer Oesterreichs im vorigen Jahrzehnt in eine schärfere Beleuchtung. Als Conrad vor der Ernennung zum Chef des Generalstabes beim Kaiser Franz Josef vortrat, brütete er nicht nur seine Bedenken gegen die bevorstehende Wahl aus, sondern er ersuchte auch, ihm, wenn er die Stelle schon durchaus annehmen müsse, eine Bitte zu gestatten. Auf die Frage des Monarchen, um was es sich handle, antwortete Conrad: „Ich bitte Eure Majestät, stets unumwunden meine Ansichten und meine Meinungen sowie die Wahrheit offen sagen zu dürfen.“ Der Kaiser erwiderte: „Ich gestatte Ihnen dies nicht nur, sondern ich mache es Ihnen auch zur Pflicht.“ Der Feldmarschall erzählt, daß er von dieser Zusage den weitestgehenden Gebrauch gemacht habe. Kaiser Franz Josef hat den Standpunkt absoluter Offenheit und Wahrheit, wenn auch oft unter sichtlichem Aerger, der manchmal zu erregten Szenen führte, stets akzeptiert. „Ganz besonders“, so berichtet Conrad, „erinnere ich mich einer für mich äußerst peinlichen Situation. Als ich einmal dem Kaiser eine Denkschrift vorlegte, in der ich auf verschiedene Mängel hinwies, schlug er mit der Faust auf den Tisch und rief: „Ich ärgere mich immer, wenn ich Ihre Denkschriften lese!“ Er blickte dann starr vor sich hin, eine wortlose Pause verstrich. Die Andern waren dem stark geröteten Kaiser angeschwollen und ich saß schweigend zur Seite des Tisches in großer Sorge, daß den hochbetagten Monarchen ein Unfall treffen könne. Etwa zehn Minuten verstrichen, die mir endlos vorkamen. Der Kaiser ließ sodann das Referat fortsetzen. Ich wurde mit den kurzen Worten: „Ich danke“, entlassen.

Die Stellung, die Conrad als Chef des Generalstabes einnahm, wurde auch dadurch schwierig, daß sich oft Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Monarchen und dem Thronfolger ergaben. Der Kaiser hatte zwar stets für die Anträge des Erzherzogs Franz Ferdinand ein offenes Ohr, ging aber seinen eigenen Weg. Die Gegensätze offenbarten sich hauptsächlich auf dem Gebiete der inneren Politik, während der Herrscher und der Thronfolger in der Behandlung der äußeren Politik Übereinstimmung an den Tag legten. Conrad schildert eine Besprechung, die er im März 1909, also in der Zeit der Annerionskrise, mit dem Erzherzog Franz Ferdinand hatte. Dieser erhob gegen den Chef des Generalstabes den Vorwurf, daß er direkt mit dem Minister des Aeußern verkehre, wobei der Thronfolger sich beklagte, daß „alles über seinen Kopf hinweggehe“. Der Erzherzog, bemerkt Conrad, verriet sichtlich das Bestreben, alles auszuschalten, was nur im geringsten dazu beitragen konnte, nicht einzig und allein seine Person im Vordergrund erscheinen zu lassen. Er sagte wörtlich: „Wenn ich Armees-Oberkommandant werde, dann mache ich, was ich will; wehe, wenn jemand etwas anderes tut. Den lasse ich funktionieren.“ Allerdings meinte er dann: „Sie orientieren mich doch noch hier und da.“ Im weiteren Verlaufe der Unterredung kam die wirtschaftliche Organisation des Hauptquartiers zur Sprache, darunter auch die Frage der Wahlzeiten, die der Erzherzog an bestimmte Stunden gebunden wissen wollte. Er gedachte, dabei als Hausherr zu fungieren, und äußerte: „Jeder soll wissen, daß er mein Gast ist.“ Der Thronfolger fragte Conrad über verschiedene Dinge, wobei dem Chef des Generalstabes nicht sogleich klar werden konnte, was der Erzherzog beabsichtigte, bis er schließlich erklärte: „Ich wollte nur sehen, ob Sie mir alles sagen.“ Worauf der Chef des Generalstabes erstaunt entgegnete: „Ich sage Eurer kaiserlichen Hoheit alles, was ich Eurer kaiserlichen Hoheit sagen darf.“ Angelegenheiten, von denen der Kaiser wünschte, daß mit niemandem darüber gesprochen werde, konnten eben nicht vorgebracht werden.

Das Verhältnis des Chefs des Generalstabes zu den maßgebenden Ministern war gespannt und es fehlte nicht an Konflikten. Selbst mit dem Kriegsminister Schönauich

ließ sich kein glatter Verkehr erzielen. Der erste Zusammenstoß ergab sich sehr bald. Unter der großen Zahl der in Angriff zu nehmenden Maßnahmen erwählte Conrad als eine der dringlichsten die Beschleunigung der Ausrüstung der Artillerie mit dem neuen Geschützmaterial. Darüber sprach er mit dem Kaiser auch bei seiner ersten Berichtserstattung und er ersuchte den Monarchen um seine Einflußnahme auf die raschere Beschaffung. Kurz darauf traf der Chef des Generalstabes bei einer Soiree den Kriegsminister, der äufertst erregt auf ihn zukam und ihn fragte, wie es er sagen konnte, daß die Geschützrohre noch nicht vollständig fertig seien. In Wahrheit wäre es doch der Fall. Conrad erklärte, daß er sich vorher genau informiert hätte und daß er die Sache neuerlich prüfen würde. „Ich führe, wie schon erwähnt“, heißt es in den Memoiren, „das scheinbar geringfügige Vorkommnis nur deshalb an, weil es den Beginn der vielfachen Reibungen einleitete, die zwischen mir und Schönauich wegen meiner Anträge betreffs Ausgestaltung der Wehrmacht entstanden. Der Minister erblickte in mir stets den unbequemen Mahner und Forderer.“ Für die Beziehungen der beiden Männer ist ein Briefwechsel lehrreich, der Ende 1908 vor sich ging. Der Chef des Generalstabes hatte an den Kriegsminister ein Schreiben gerichtet, in dem er verlangte, daß festgestellt werde, ob die einzelnen Offiziere kriegertüchtigen Strapazen gewachsen seien oder nicht. Schönauich antwortete kurz und bündig: „Auf Ref. Nr. 4380. Die hier besprochenen Verhältnisse unterliegen ausschließlich meiner Wahrnehmung und bedarf es hiezu keiner Anregung oder Belehrung von außen.“

Auch das Verhältnis zweier so grundverschiedener Naturen wie Conrad und Aehrenthal konnte nicht ungetrübt bleiben und die Schwierigkeiten wären selbst dann unvermeidlich gewesen, wenn sich nicht schwerwiegende sachliche Meinungsverschiedenheiten eingestellt hätten. „Das erste und wichtigste bei dem Antritt meines neuen Dienstes als Chef des Generalstabes“, versichert Conrad, „war mir, den Einklang mit dem Minister des Aeußern herzustellen, weil ich den innigen Zusammenhang zwischen der äußeren Politik und den Kriegsvorbereitungsarbeiten als das wesentlichste betrachtete. Ich schrieb darum an Aehrenthal einen sehr artig gehaltenen Brief, worin ich ihm diese meine Anschauung darlegte und um seine Unterstützung im gemeinsamen Wirken bat. Die Antwort war ein formell korrektes und zuvorkommendes Schreiben des Ministers. Damit glaubte ich den wichtigsten Schritt in der Sache getan zu haben. Leider zeigte die Folge, daß allmählich manche Divergenz der Ansichten dazu führte, daß es nicht in allen Fragen zu dem Einklang kam, den ich für so unerlässlich gehalten hatte.“ Von Haus aus bestand eine tiefgehende Differenz zwischen Conrad und Aehrenthal in bezug auf das Verhältnis zu Italien. „Der Minister des Aeußern und die meisten deutschen Diplomaten, ebenso deutsche Militärs, rechneten mit Italien als Bundesgenossen“, meint der Feldmarschall, „ich aber rechnete mit ihm als ausgesprochenen Feind... Da ich jedoch an meiner Ueberzeugung festhielt und, soweit es die kargen Mittel erlaubten, auch für den italienischen Kriegsfall die dringendsten Vorbereitungen zu erwirken strebte, wurde in der Folge mein Konflikt mit Aehrenthal nahezu permanent.“ Die Spannung zeigte sich bei den verschiedensten Anlässen. So richtete der Chef des Generalstabes im März 1909 einen Brief an den österreichisch-ungarischen Militärattaché in Bukarest, den er dem Minister des Aeußern zur Weiterbeförderung übergab. Nach zwei Monaten kam der Brief jedoch vom Ballplatz zurück. Politische Erwägungen veranlaßten Aehrenthal, ihn nicht abzugeben. Schon während der Annerionskrise hatte Kaiser Franz Josef versucht, die Meinungsunterschiede und Reibungen durch ein Handschreiben zu überwinden, aber die Gegensätze wurzelten zu tief, als daß sie sich beseitigen ließen. Sie verstärkten sich vielmehr und sie gaben schließlich den Anlaß dazu, daß Conrad von seinem Posten als Chef des Generalstabes vorübergehend schied.

In seinen Memoiren schreibt der Feldmarschall: „Wer in eine exponierte Berufsstellung gelangt, wird zuerst beglückwünscht, selbst auch wohlwollend begrüßt, dann beobachtet, hierauf kritisiert, in der Folge beschimpft und schließlich mit

wenn er es nur durch Gewalt ist, „die Guten“ gehen doch zu ihm. Denn sie sagen sich: „Das Gute, das geworden wäre, wenn die Männer auf dem Wysehrad an dem Rechte gehalten hätten und das Gott auch mit dem minderen Manne Wladislaw eingeleitet hätte, kann nun nicht mehr werden. Der Herzog Wladislaw wird ein anderes Gute bringen und er wird das Schlechte, das aus dem Unrecht auf dem Wysehrad folgen muß, zu vermindern streben.“ Sie wissen, daß, wenn aus Unrecht gleich in eines guten Mannes Verwaltung Recht werden kann, doch an diesem unberechtigt entstandenen Recht immer noch eine Schuld kleben bleibt, die noch erst abgebußt werden muß. Neues Recht muß seinen Makel immer durch freies Leid erst sühnen; es muß erst rein und vom Frevel frei getraunt werden. Dann erst wird aus gutem Unrecht schließlich Recht. So denkt Witiko, so handelt er: Rechter Sinn gibt ihm den Mut, es für seine Pflicht zu halten, daß er gelegentlich auch einmal Unrecht tun muß. Im Großen und im Kleinen. Er läßt in der Schlacht einmal den Feind absichtlich entweichen. Er weiß: das ist nicht recht. Aber er wagt's, um der guten Folgen willen. Da sie nicht ausbleiben, dankt es ihm der Herzog mit Lob. Ist damit gemeint, der Zweck heilige die Mittel? Das würde Witiko nicht sagen. Er meint nur, daß es auf den rechten Sinn der Tat ankommt; den haben wir zu verantworten und wir können es, weil dem rechten Sinn die rechte Wirkung nicht fehlt. „So das Rechte in dem Sinne ist, fließt es für den Bedarf hervor.“ Die rechte Wirkung meiner Tat muß ja keineswegs sein, daß ich recht behalte. Denn es kann mir auch bestimmt sein, daß ich unterliegen soll. Ich handle recht, wenn meine Tat meiner Bestimmung entspricht. Alles andere liegt nicht bei mir, sondern in Gottes Hand. Das still ergebene Theon en gounasin keitai Homers klingt durch das ganze Buch. Am gewaltigsten spricht der Herzog aus, der unrechtmäßig berechnete, selber nur ein noch gesteigertes Witiko, ein bewährter. Der sagt auf dem freien Platze vor dem Herzogsstuhl seinen verjammelten Kriegs-

herren und Unterführern: „Ich bin nicht wie mein Großvater, mein Vater und mein Oheim. Ich bin auf sie gefolgt. Ich weiß nicht, ob ich ihnen an Gaben gleich oder untergeordnet bin; aber im Guten will ich ihnen gleich sein. Vor diesem ehrwürdigen Stuhle, der schon so viele große und gute Fürsten getragen und manche Verirrungen gesehen hat, kann ich es aussprechen, daß ich die Pflichten treu in mein Herz geschrieben habe, die mir durch diesen Stuhl entstanden sind. In dem Kampfe, der naht, werde ich entweder siegen, und dieses wird nach dem Ratsschlusse Gottes dem Lande zum Heile sein, wir werden Gott preisen; oder ich werde unterliegen, und dieses wird nach dem unerforschlichen Ratsschlusse Gottes dem Lande zum Heile sein, wir werden auch Gott preisen. Wir kleinen Menschen können das Höchste nicht sehen; aber wir, die wir hier versammelt sind, glauben, daß wir auf dem Rechte stehen, und wir müssen das Recht mit der Herzhaftigkeit und der Einsicht, die wir haben, zu Ende bringen.“ Ja, das wär's! Glauben, auf dem Rechte zu stehen, dies Recht mit aller Herzhaftigkeit und Einsicht zu Ende bringen, wissen, daß dies Ende, das in unerforschlichen Ratsschlusse Gottes vorbestimmt liegt, auch gegen uns entschieden sein kann, immer aber, ob wir siegen oder unterliegen, Gott dafür danken, weil Sieg oder Untergang uns zum Heile sein wird.

Höre, Mensch dieser verwirrten Zeit, wer du auch sein magst, was immer sündend: Da te fabula narratur, dir gilt der Witiko, zu dir, seelenlos Suchender, spricht der Dichter aus seinem vergehenen Grab! Machtloses Recht kann uns zu nichts berechtigen, rechtlose Macht zu nichts ermächtigen; erst muß Kraft wieder zu Rechten und Recht muß erst wieder zu Kräften kommen. Höre, du tallos bangender Mensch, höre dein Gewissen und schaffe deiner Kraft ein Recht, indem du deine Kraft dem Rechte gibst, damit du dereinst, siegend oder unterliegend, Gott preisen kannst für deinen Sieg oder Untergang!

Steinen beworfen. Ich habe seither diese Studien durchschritten, mich über sie hinweggesetzt und im eigenen Bewußtsein sowie in der objektiven Beurteilung seitens wohlgesinnter Menschen Genüge gefunden.“ Diesen Männern widmet Conrad seine selbstbiographische Arbeit. Aber Persönlichkeiten, die eine für die Gesamtheit so entscheidende Rolle gespielt haben, die für den Staat und für die Bevölkerung von so schicksalsschwerer Bedeutung gewesen sind, sprechen, wenn sie das Wort ergreifen, nicht zu einem kleinen Kreis, sondern zur weitesten Öffentlichkeit, und das Echo kann nicht ausbleiben. Freilich, der vorliegende Band der Memoiren schildert nur drei Jahre der Tätigkeit des Chefs des Generalstabes. Das endgültige Urteil wird erst gefällt werden können, wenn der Feldmarschall die Tragödie des Weltkrieges in der Erinnerung auferstehen läßt, wenn er uns selbst erzählt, wie er den Weg zur Katastrophe gewandelt ist. . . .

### Die Verpfändung der Gobelins.

Von einer hervorragend informierten Persönlichkeit.

Wien, 27. Dezember.

Die Verhandlungen, welche Dr. Wilhelm Rosenberg in London und Paris geführt hat, haben ein positives Ergebnis gehabt, indem Oesterreich zugestanden wurde, den Besitz an Gobelins oder anderen Kunstgegenständen als Unterlage einer Anleihe zu verpfänden. Die österreichische Regierung hat bereits vor längerer Zeit das Ansuchen gestellt, daß ihr gestattet werde, diese Wertgegenstände als Deckung einer Anleihe zu benutzen. Dr. Rosenberg hat in Paris dieses Ansuchen bei dem englischen Delegierten in der Reparationskommission Bradbury vertreten. Der englische Delegierte erklärte damals aber, daß dieses Ansuchen unstatthaft sei, weil Artikel 196 des Friedensvertrages bestimmt, daß alle Kunstsammlungen, die einstmals der Regierung oder der Krone der österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten, während 20 Jahre nicht verkauft werden dürfen. Von österreichischer Seite wurde aber erwidert, daß Artikel 196 nicht anwendbar sei, weil er nur das Eigentum der Krone oder der österreichischen Regierung betrifft. Die Gobelins, um die es sich hier handelt, waren aber niemals Eigentum der Krone oder der österreichischen Regierung, sondern Privateigentum des Kaiserhauses. Im Jahre 1875 hatte Kaiser Franz Josef die Anlage eines Verzeichnisses der Wertbestände des Kaiserhauses angeordnet. Auf diesem Verzeichnisse befinden sich die Gobelins ausdrücklich angeführt, ebenso wie die Kunstsammlungen des Kaiserhauses. Demnach sei nicht Artikel 196, sondern 208 des Friedensvertrages anwendbar, welcher bestimmt, daß das Privateigentum der ehemaligen österreichisch-ungarischen Herrscherfamilie jenem Staate zufällt, auf dessen Territorium es sich befindet. Dieser Standpunkt wurde angenommen und binnen acht Tagen wurde das Ansuchen genehmigt. Es war dann noch die Frage zu erwägen, ob die Gobelins nicht unter das Generalpfandrecht des Artikels 197 des Friedensvertrages fallen. Diese Frage ist zu bejahen, allein eben im Artikel 197 ist der Reparationskommission das Recht zugesprochen, Ausnahmen zu machen, und von diesem ausnahmsweisen Bewilligungsrecht hat die Kommission Gebrauch gemacht, indem sie die Bewilligung erteilt. Von den Gobelins, welche im ganzen 500 Stück ausmachen, werden drei von der Tschecho-Slowakei als Eigentum angeprochen und müssen von der Verpfändung ausgenommen bleiben. Auch der amerikanische Delegierte hat sich der Zustimmung angeschlossen.

Mit der Bewilligung ist allerdings noch nicht die Verpfändung selbst gleichbedeutend. Seitens der Mitglieder der Reparationskommission wurde in London angedeutet, daß uns unter Umständen andere Aktiven als Deckung für Interimskredite freigegeben werden dürften, wenn man sich nicht zur Verpfändung der Gobelins entschließt. Diese Interimskredite müßten dann aus den später durch eine Aktion des Völkerbundes zu gewährenden allgemeinen Krediten zurückgezahlt werden. Die Gobelins wurden seinerzeit auf 260 Millionen Schweizer Francs geschätzt, doch gilt diese Schätzung als übertrieben, und der Darlehensgeber wird eine neue Schätzung vornehmen müssen. Immerhin glaubt man, daß ein Kapital von etwa zwei Milliarden Kronen herauskommen dürfte und daß wir auf einen Kredit in bedeutendem Umfange rechnen können.

Die Situation in England ist vollständig von der deutschen Frage beherrscht. Die offizielle und nichtoffizielle Welt ist der Meinung, daß es in dieser Weise mit den Deutschen nicht weitergehen könne. Die große Wendung in London ist erfolgt, als die Erkenntnis zutage trat, daß ganz Europa zugrunde gehen müsse, wenn Deutschland zusammenbricht. In England ist man allgemein der Meinung, daß die Lasten der Reparation für Deutschland unerträglich sind. Die französischen Kreise bestreiten nicht, daß ein Zusammenbruch Deutschlands verhängnisvolle Folgen haben müßte, sie erklären aber, daß in Deutschland die Lage absichtlich ungünstig dargestellt werde. In Wirklichkeit sei der Sturz der Mark künstlich gemacht. Deutschland erhöhe nicht seine Steuern, sondern ermäßige sie und sei gewiß in der Lage, zu bezahlen. Es nützt nichts, wenn darauf verwiesen wird, daß die Ermäßigung der Steuern nur eine scheinbare, nur eine Folge der schweren Geldentwertung sei und daß tatsächlich die Steuerlast äußerst drückend erscheine. Dagegen ist in England die Meinung unbedingelt, daß Deutschland vorerst eine Stundung genährt werden müsse, wenn es sich aufrichten soll. Es müsse die ganze Sachlage von neuem untersucht werden. Insbesondere sind die maßgebenden englischen Regierungskreise davon überzeugt, daß Deutschland tatsächlich wenig exportiert und nicht in der Lage sei, eine Dumpingpolitik zu betreiben. Auf der Konferenz in Cannes, die demnächst zusammentritt, wird die Frage der Rekonstruktion Europas einen breiten Raum einnehmen.

Es ist nicht sicher, ob Deutschland eingeladen werden wird, seine Vertreter nach Cannes zu entsenden. Die österreichischen Delegierten sind bestrebt, zu erzielen, daß in Cannes auch das österreichische Problem erörtert werde. Bezüglich Oesterreichs ist alles davon abhängig, ob Anträge auf das